



Motion Nr. 71 2004/2008

Eingang Stadtkanzlei: 24. Juni 2005

Gegen illegale und wilde Plakatierung in der Stadt Luzern

Es ist längst zur Unsitte geworden, dass in der Stadt Luzern gewisse Personen bzw. Organisationen sich das Recht herausnehmen, öffentliche und private Hauswände oder andere Einrichtungen mit ihren Veranstaltungsplakaten zuzudecken. Vom Mittwoch bis Samstag wird die Stadt regelrecht zugeklebt, fremdes Eigentum ohne Anfrage oder Bewilligung zu eigenen Werbezwecken missbraucht. Zusätzlich werden zu hunderten Werbeflyer verteilt oder verstreut, welche wenige Meter weiter vorne von den Passanten achtlos zur öffentlichen Entsorgung auf den Boden geworfen werden.

Es ist nicht das Ziel dieses Vorstosses, das Bedürfnis nach Werbung der Veranstalter in Frage zu stellen, genauso wenig wie es nicht darum geht, die einzelnen beworbenen Veranstaltungen zu hinterfragen. Was nicht mehr toleriert werden kann, ist die permanente Verschandelung der Stadt. Da an den Gebäuden und Einrichtungen dadurch auch Schäden entstehen, kann sogar teilweise von leichtem Vandalismus gesprochen werden. Die Kosten für diese Schäden sowie die Entsorgung der Plakate trägt bei öffentlichen Gebäuden der Steuerzahler, bei Privaten der Hauseigentümer.

Die privaten Grundeigentümer fühlen sich dabei vom Staat im Stich gelassen, da er die Klebe- und Bostitchaktionen bei den öffentlichen Einrichtungen (Hauswände, Kandelaber, ewl-Kästen, Telefonkabinen, Salzkisten, Bäume usw.) duldet, die Plakatierenden aber kaum unterscheiden, wem sie einen Schaden zufügen.

Die Stadt Luzern wirbt als Touristenstadt für eine saubere Stadt und legt hohen Wert auf ein intaktes Stadtbild. Mit der Duldung dieses Missstandes wird diesem Ziel jedoch alles andere als entsprochen.

Mit der Unterzeichnung des Plakatierungsvertrages mit der APG wurde eine Sonderregelung getroffen, welche die Plakatierung für kulturelle Veranstaltungen regelt, so dass die Veranstalter nicht mehr auf die wilde Plakatierung zurückgreifen müssen. Offensichtlich scheint dieses Modell nur sehr bedingt zu funktionieren.

Der Stadtrat wird aufgefordert, endlich eine Lösung zu präsentieren, welche der wilden Plakatierung ein Ende bereitet, ohne dass den Veranstaltern gleich jegliche Möglichkeit genommen wird, kostengünstig auf ihre Anlässe aufmerksam zu machen. Möglich wäre eine Ausweitung der bestehenden APG-Kulturplakatierungsvereinbarung oder das freie Zurverfügungstellen von klar vorgegebenen Plakatwänden. Es soll aber auch aufgezeigt werden, wie zukünftig weiterer Missbrauch geahndet wird.

Walter Schnider
namens der SVP-Fraktion